

Kooperationsvereinbarung/Koalitionsvertrag der Parteien CDU & SPD in Kirchhain für die Legislaturperiode 2026 – 2031

Vorbemerkung

Die Kirchhainer Parteien CDU und SPD bilden für die kommende Wahlperiode eine Koalition, die auf gegenseitigem Vertrauen, Verantwortung und dem gemeinsamen Ziel basiert, unsere Stadt positiv weiterzuentwickeln. Beide Parteien bringen unterschiedliche Traditionen und Schwerpunkte ein, teilen jedoch zentrale Werte wie soziale Verantwortung, wirtschaftliche Vernunft, demokratische Stabilität und Orientierung am Gemeinwohl.

Die Koalition versteht sich als verlässlicher Partner für alle Bürgerinnen und Bürger. Sie setzt auf eine moderne, bürgernahe Stadtpolitik, nachhaltige Entwicklung, soziale Teilhabe, solide Finanzen und ein sicheres, lebenswertes Umfeld. CDU und SPD verpflichten sich zu konstruktiver Zusammenarbeit, transparenten Entscheidungen und einer politischen Kultur des Respekts. Obwohl beide Fraktionen eng miteinander kooperieren, bewahren sie dennoch ihre Eigenständigkeit.

Gemeinsam wollen die Koalitionspartner die Zukunft von Kirchhain gestalten und die Herausforderungen der kommenden Jahre verantwortungsvoll angehen.

1. Form der Kooperation

CDU & SPD einigen sich auf folgende gemeinsame Vorgehensweise:

- CDU/SPD stellen grundsätzlich gemeinsame Anträge. In Ausnahmefällen ist die Freiheit gegeben, eigene Anträge zu stellen.
- Es ist gemeinsames Ziel von CDU/SPD, unabhängig von der Mehrheitsbeschaffung für eigene Initiativen/Anträge durch Dritte zu sein.
- Eigene Anträge können nur mit vorheriger Abstimmung des Inhalts und des Wortlauts sowie nach Freigabe des anderen Partners eingebracht werden. Die Abstimmung in der Stadtverordnetenversammlung erfolgt einheitlich. Dies sichert die Eigenständigkeit und Unabhängigkeit beider Partner.
- Sollten sich die beiden Kooperationspartner nicht einigen können, wird auf die Stellung des Antrags verzichtet.
- Vorliegende Anträge anderer Fraktionen werden zwischen CDU/SPD diskutiert, eine gemeinsame Linie festgelegt und entsprechend abgestimmt.
- Im **Koalitionsausschuss** stimmen sich CDU/SPD regelmäßig ab und besprechen die geplanten Beschlussvorlagen der Verwaltung und ggf. Antragsinitiativen der beiden Fraktionen. Der Koalitionsausschuss tagt mindestens einmal monatlich und immer rechtzeitig vor den jeweiligen Sitzungszügen. Dem Koalitionsausschuss gehören an:
 - **der jeweilige Fraktionsvorstand**
 - **Bürgermeister / Stadtverordnetenvorsteher / 1. Stadtrat**

In der Annahme, dass in der neuen Legislaturperiode nur noch **drei Ausschüsse** die Stadtverordnetenversammlung vorbereiten, einigen sich CDU/SPD auf folgende inhaltliche und thematische Zuordnung:

- **Ausschuss für Grundsatzangelegenheiten und Finanzen**
(Fachausschuss 1 – GuF)
- **Ausschuss für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Bürgerangelegenheiten** (Fachausschuss 2 – SOB)
- **Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Landwirtschaft** (Fachausschuss 3 – SBUL)

2. Haushalt

- Die beiden Partner sind sich einig, dass die **Konsolidierung des städtischen Haushalts** weiter vorangetrieben werden soll. Es ist Ziel beider Partner, möglichst **keine Netto-Neuverschuldung** im Haushalt auszuweisen und weiter an einer **sozialverträglichen Schuldenreduzierung** zu arbeiten.
- Beide Partner arbeiten aktiv bei der Erstellung des Haushalts mit und bringen rechtzeitig im Vorfeld ihre Initiativen ein.
- Alle Projekte sind vorab auf **Förderfähigkeit zu prüfen**.
- Der Haushalt wird im Vorfeld der Beratungen von beiden Partnern besprochen und abgestimmt. **Im Parlament wird der Haushalt gemeinsam beschlossen**.
- Auf Grund der sich abzeichnenden mittel- und langfristigen Finanzierungsprobleme kommunaler Haushalte durch nicht ausreichende Bereitstellung von Finanzmitteln seitens des Bundes und des Landes vereinbaren CDU/SPD eine **sparsame und konsequente, auf Wirksamkeit orientierte Haushaltspolitik**. Dabei sind einerseits die Einnahmen zu verbessern, andererseits die Ausgaben auf das Notwendige zu reduzieren. Dabei wird dem Ansinnen Rechnung getragen, dass **zusätzliche Belastungen für die Bürgerinnen und Bürger möglichst vermieden werden sollen**, gleichwohl diese aber von Zeit zu Zeit beraten werden müssen.

3. Verwaltung / Projekte / Programme

- CDU/SPD unterstützen aktiv die angestoßenen strategischen Projekte der Verwaltung, zu denen bereits Grundsatzbeschlüsse gefasst wurden. Insbesondere werden die nachstehenden Projekte aktiv vorangetrieben:
 - **Verwaltungsstandort Borngasse**
 - **Umsetzung der Reorganisation der Verwaltung auf Grundlage der KGST**
 - **Entwicklung des Gewerbegebiets Kirchhain-Ost durch die KISEG**
 - **Entwicklung der Energie Kirchhain GmbH mit der Zielstellung der Wärme- und Energieversorgung in unserer Stadt.**
- Die Betreibergesellschaft des Phönix-Hallenbades wird weiterhin nach Kräften unterstützt, um den Betrieb des Hallenbades weiterzuführen.

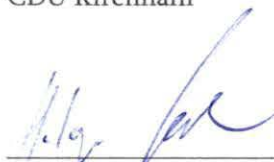
- CDU/SPD vereinbaren, dass die bestehende interkommunale Zusammenarbeit in mehreren Arbeitsfeldern fortgeführt wird und wo sinnvoll ausgebaut wird. Dabei gilt der Fokus auf die Zusammenarbeit mit den Ostkreiskommunen und dem Landkreis.
- Bestehende strategische Entwicklungspläne (Verkehr, Feuerwehr & Katastrophenschutz, Löschwasser, Radverkehr, Kitas...) werden regelmäßig fortgeschrieben und bilden die Grundlage des gemeinsamen Handelns.
- Bestehende städtebauliche Förderprogramme, z. B. Lebendige Zentren, werden zwischen den Partnern besprochen und eine entsprechende Priorität und Vorgehensweise festgehalten. Diese richtet sich neben den städtebaulichen Aspekten nach dem finanziellen Rahmen.
- Beide Partner sind sich einig, dass die Infrastruktur in der Kernstadt und in den Stadtteilen zu erhalten ist und wo sinnvoll, unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit, ausgebaut werden soll. Dies gilt insbesondere für die Feuerwehren, Dorfgemeinschaftshäuser und die lokale Grundversorgung. Beide Partner einigen sich auf eine Prioritätenliste und arbeiten diese entsprechend ab.
- Beide Partner sind sich einig, in oberster Priorität die erstmalige Herstellung von Straßen im Stadtgebiet weiter voranzutreiben. Die dringend notwendige Sanierung der Straßen erfolgt nach einer gemeinsam mit Verwaltung, Ortsbeiräten und Politik erarbeiteten Prioritätenliste.
- CDU und SPD arbeiten aktiv an der Verbesserung des ÖPNV im Stadtgebiet und stimmen Initiativen und Anregungen eng mit den verantwortlichen Stellen im Landkreis, Land oder Bund ab.
- Beide Partner stimmen überein, dass auch zukünftig Ausbildungsstellen in den unterschiedlichen Berufsfeldern (Verwaltung/Kitas) angeboten werden sollen und die Stadt hier ihre Vorbildfunktion wahrnimmt.
- Die Serviceleistungen und damit die Daseinsfürsorge für die Kirchhainer Bürgerinnen und Bürger müssen gewährleistet bleiben und stehen nicht zur Disposition. Dabei soll zukünftig das Augenmerk noch stärker auf die Digitalisierung und die Einbindung von Künstlicher Intelligenz im Rahmen einer Vereinbarung mit dem Personalrat gerichtet werden.
- In die Verwaltungshoheit des Bürgermeisters und des Magistrats wird seitens CDU/SPD nicht eingegriffen.
- Öffentliche Aufträge werden im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Vergabeverordnung VOB möglichst an regionale Unternehmen vergeben. Dabei ist darauf zu achten, dass Tariftreue, Einhaltung sozialer und ökologischer Standards und Engagement als Ausbildungsbetrieb besonders berücksichtigt werden.

4. Sportförderprogramm SKS

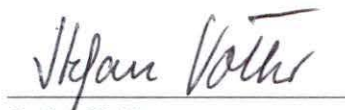
- CDU/SPD vereinbaren, beide Projekte „**Freibad-Sanierung**“ und „**Reaktivierung des Fußballgeländes am Sandfang**“ umzusetzen. Die Sanierung des Freibads wird als erste Priorität definiert. CDU/SPD halten fest, dass für den 2. Teil des Bundesprogramms zur Sanierung von Sportstätten – hier Sonderprogramm für die Sanierung von Schwimmbädern – rechtzeitig (Beschluss 11.05.2026 in der Stadtverordnetenversammlung / Einreichung bis zum 19.06.2026) ein Förderantrag zur Sanierung des Freibades in voller Höhe gestellt werden soll. Dabei sollen andere Förderoptionen des Landes Hessen, des Landkreises, Mittel der Stiftung für die Kirchhainer Bürgerinnen und Bürger sowie weitere Finanzmittel hinzugezogen werden. Sollte unser Förderantrag nicht zum Zuge kommen, wird eine schrittweise Sanierung (Technik und Becken) vorgenommen. Das Projekt „Aktivierung des Sportplatzgeländes am Sandfang“ wird als zweite Priorität vereinbart und kommt ebenfalls in die Umsetzung.
- Die Finanzierung beider Projekte soll aus dem Förderprogramm des Bundes zum Erhalt und zur Sanierung der Infrastruktur erfolgen (LuKiFG).
- Verbleibende LuKiFG-Mittel werden für die Straßensanierung eingesetzt, sofern die beiden Partner keine anderen Prioritäten setzen.

Kirchhain, den 27. April 2026

CDU Kirchhain



Holger Lesch
Stadtverbandsvorsitzender



Stefan Völker
Fraktionsvorsitzender

SPD Kirchhain



Konrad Hankel
Stadtverbandsvorsitzender



Dieter Tourte
Fraktionsvorsitzender